

Gabriele Schnell
Der 17. Juni 1953 im Kreis Königs Wusterhausen

Am frühen Morgen legen die Arbeiter der Bau-Union auf den Baustellen des VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“ in Wildau die Arbeit nieder. Auch die Beschäftigten des Schwermaschinenbaubetriebes treten in den Streik und führen eine Belegschaftsversammlung durch.

In Königs Wusterhausen streiken weitere Bauarbeiter und 80 Lehrlinge des Funkamtes. Gemeinsam machen sie sich auf den Weg nach Wildau zum Schwermaschinenbaubetrieb. Hunderte Einwohner von Königs Wusterhausen schließen sich an. Vormittags treten in Niederlehme die Arbeiter des Kalksandsteinwerkes in den Streik.

Um 12.40 Uhr meldet die Volkspolizei das Ende der Belegschaftsversammlung im VEB „Heinrich Rau“ in Wildau. Die Arbeiter kehren in die Werkhallen zurück und wählen in ihren Abteilungen die Mitglieder der Streikleitung, so auch in der Hauptabteilung Produktionsleitung.

„Als einstimmig Gewählte der Hauptabteilung Produktionsleitung nehmen die Kollegen G., Heinz, S., Johann,

an der 1. Delegiertenkonferenz anlässlich der heutigen Vorkommnisse im Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“ Wildau teil.

Die genannten Kollegen sind beauftragt, folgende Beschlüsse bekannt zu geben:

- 1. Freie und geheime Wahlen innerhalb des nächsten Vierteljahres,*
- 2. Schneller Abschluss eines Friedensvertrages und Regelung der Grenzen (Oder/Neiße),*
- 3. Aufhebung der Pass- und Taschenkontrollen,*
- 4. Senkung der HO-Preise um 50 Prozent,*
- 5. Sicherung der persönlichen Freiheit,*
- 6. Keine Maßregelung der Streikenden oder deren Sprecher,*
- 7. Freie Meinungsäußerung,*
- 8. Freilassung der politischen Häftlinge und Kriegsgefangenen,*
- 9. Abzug aller Besatzungsmächte,*
- 10. Stabilisierung der Löhne und Gehälter,*
- 11. Beseitigung der Zonengrenzen.*

*AGL [Abteilungs-Gewerkschaftsleitung, d. Vf.] Produktionsleitung
gez. E., gez. L.*

Wildau, den 17.6.53“

Um 13.30 Uhr kommt die 65-köpfige Streikleitung des Schwermaschinenbaubetriebes im Speisesaal des Werkes zusammen. Anwesend sind auch der Werkdirektor, zwei SED-Funktionäre und der Vorsitzende der Betriebsgewerkschafts-Leitung, außerdem je ein Vertreter der SED-Bezirksleitung und des Bundesvorstandes des FDGB [Freier Deutscher

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Gewerkschaftsbund, d. Vf.]. Der Betriebsfunk überträgt die Delegiertenversammlung. Selbstbewusst tragen die Streikführer die ähnlich lautenden Forderungen ihrer Kollegen vor.

Um 17.00 Uhr gibt der Betriebsfunk die Ausrufung des Ausnahmezustandes bekannt. Die Delegiertenversammlung wird abgebrochen.

Die Volkspolizei berichtet:

„Der auf dem Hof versammelten Belegschaft wurde der Befehl [des sowjetischen Kommandanten, d. Vf.] verlesen, dass innerhalb von 30 Minuten die Arbeit wieder aufzunehmen ist, im anderen Falle das Werk sofort zu verlassen, welches sonst durch die Volkspolizei und sowjetische Einheiten geräumt werden würde.“

Nach dieser Drohung nehmen die Arbeiter des Schwermaschinenbaubetriebes die Arbeit wieder auf.

Um 23.00 Uhr hält die Volkspolizei fest:

„In Oderin findet zur Zeit eine Kundgebung statt. Am Strand von Bestensee kommt es zur Zusammenrottung einiger Jugendlicher. Volkspolizei-Meister V. vom Schwermaschinenbau Heinrich Rau ist trotz mehrmaliger Aufforderungen nicht zum Dienst erschienen. V. wird festgenommen.

Die Einsatzgruppe ist zur Zerschlagung der Demonstration und der randalierenden Jugendlichen rausgefahren.“

In der Nacht und am nächsten Tag werden mehrere Arbeiter im Kreis Königs Wusterhausen verhaftet.

Am 18. Juni verfasst die Betriebsgewerkschafts-Leitung des Schwermaschinenbaubetriebes in Wildau eine Erklärung an die Belegschaft. Darin heißt es:

„Die übergroße Mehrzahl der organisierten Arbeiter ist gestern Zeuge geworden, wie Handlanger der USA-Faschisten versuchten, Hand an unseren volkseigenen Betrieb zu legen.“

Dem Druck der Funktionäre beugen sich am 19. Juni auch einzelne Beschäftigte des Betriebes. Der Arbeiter G., der vorübergehend festgenommen war, schreibt:

„Nach gründlichem Nachdenken ist mir jetzt klar, dass diese Forderungen dem weiteren Aufbau der DDR und des bis jetzt Erreichten nicht nur nicht dienen, sondern sogar geeignet waren, bereits Erreichtes wieder zu zerstören. Mir ist jetzt klar, dass diese Forderungen einen Teil des Programms derjenigen bildeten, die unsere Republik vernichten wollten.“

Quellen:

BStU, Ast. Potsdam, Allg. S 1/53, Bd. III, IV, IX; BLHA, Rep. 202 H, Sign. LKK, Nr. 353.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---